



Das „Höllengefeuer“ wurde nicht entfacht

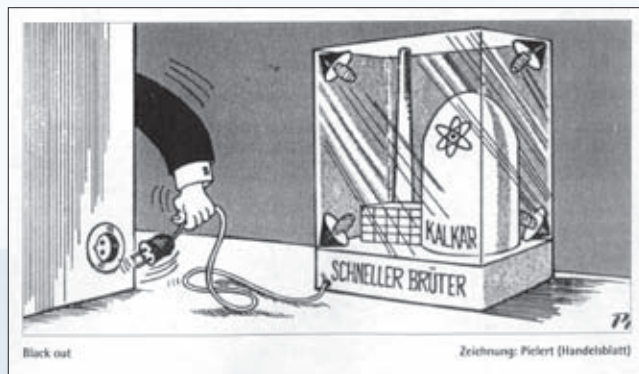
Es war wie das Perpetuum mobile der Energieerzeugung und schien die Lösung aller Versorgungsprobleme zu sein – der SNR 300, der Schnelle Brüter, der ab 1973 unter Federführung der Siemens-Tochter Interatom und unter Beteiligung der Niederlande und Belgiens bei Kalkar am Niederrhein entstand.

Seine Väter sagten ihm nach, dass er mehr Brennstoff produzieren würde als er verbraucht. Die hohen Temperaturen beim Brutvorgang waren nur mithilfe von Tonnen flüssigem Natriums im Zaum zu halten. Dieses flüssige Natrium als Kühlmittel war äußerst aggressiv und stellte hohe Anforderungen an die Leitungen, durch die es floss. Kurz: Die Technologie dieser Brutmaschine war höchst komplex, Plutonium war als hoch radioaktiver Stoff bekannt. Aber die Aussicht, hier die „Energie der Zukunft“ zu gewinnen, bestärkte die Befürworter. Mit Optimismus und dem für die damalige Zeit typischen Fortschrittsglauben ging man davon aus, dass in den Wiesen am Niederrhein alles beherrschbar bleiben würde.

Und so wurden für das gefeierte Jahrhundertprojekt im Lauf der Jahre 3,5 Milliarden Euro – in D-Mark das Doppelte – verbaut (anfangs waren die Baukosten mit 780 Millionen DM angegeben worden). Dieses Geld wurde durch deutsche, niederländische und belgische Forschungsmittel sowie Beiträge deutscher Energieversorgungsunternehmen und Kraftwerksbetreiber aufgebracht. Das Bundesland NRW war an der Finanzierung nicht beteiligt. Aber bei der Regierung des Landes lag die Federführung des atomrechtlichen Verfahrens.

1985 war die Anlage fertig gestellt und betriebsbereit. Ohne dass der Brüter eine Kilowattstunde Strom produzierte, verschlang er in jedem Monat seines Wartestands ungefähr fünf Millionen an Betriebskosten. Um den Brüter herum verstärkte sich der Protest von Atomkraftgegnern und Anwohnern.

Unbeeindruckt vom Widerstand wurde das Genehmigungsverfahren vorangetrieben, es gab schließlich internationale Verträge. Nur ein einziger Tag veränderte die Lage von Grund auf. Am 26. April 1986 explodierte der Reaktor von Tschernobyl und verstrahlte europaweit Menschen, Tiere, Pflanzen, Luft und Boden. Ein Umdenken setzte ein, das Bevölkerung und Politik erfasste.



Wer konnte und wollte da noch die Verantwortung für einen Stoff (Plutonium) übernehmen, der eine Halbwertszeit von 24.000 Jahren hat? Die Kernenergie sei eine Technik, die sich schlechthin kein Versagen leisten könne, meinte der Redner in der Plenardebatte des NRW-Landtags am 4. Juni 1986, wenige Wochen nach Tschernobyl, und fuhr fort: „Dann muss man aber doch die Frage stellen, ob eine Technik, die sich kein Versagen leisten kann, überhaupt verantwortlich ist“. Der Abgeordnete Friedhelm Farthmann, damals Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und zuvor Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, signalisierte mit seinen Worten die Wende der SPD in der (Kern-)Ener-

giepolitik: Ablehnung des SNR 300 und einer Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe: „Das Risiko dabei ist viel zu groß“. Das Atomgesetz des Bundes müsse geändert werden.

Farthmann hatte zuvor als Sozialminister zwölf von insgesamt 16 Teilerrichtungsgenehmigungen ausgesprochen, aber die Frage der endgültigen Betriebsgenehmigung immer offen gehalten. Es kam der Sinneswandel: „Man fasst sich heute an den Kopf“, erklärte er seinerzeit, wenn man die Gründe höre, die Anfang der 70-er Jahre zum Bau des SNR 300 geführt hätten. Nach Störfällen im Natriumkühlsystem gebe es überhaupt keinen vernünftigen Grund mehr, „dieses Höllengefeuer zu entfachen“. So Farthmann vor der Presse nach der Kabinettsitzung in Bielefeld vom 12. Februar 1985. Ein „verheerendes“ Gutachten seines Hauses machte ihm klar, dass der Brüter nie in Betrieb gehen würde.

NRW distanzierte sich vom Projekt ab und setzte den Bund unter Zugzwang, der für immerhin 60 Prozent der Baukosten geradestehen musste. Für die Landesregierung klappte Minister Reimut Jochimsen (SPD), der den SNR 300 als „Irrtum“ ansah, die Akte „Schneller Brüter“ endgültig zu. Gegen sein Nein zur Einlagerung der Brennelemente hätte die Bundesregierung in einem jahrelangen Rechtsstreit klagen können – und damit das Aus für den Kalkar-Brüter nur umso sicherer herbeigeführt. Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) zog die Konsequenz und verzichtete am 21. März 1991 endgültig auf das Vorhaben.

CDU und FDP im Düsseldorfer Landtag kritisierten, die Landesregierung habe „politische Entscheidungen über Recht und Gesetz gestellt“ und den Brüter „tot geprüft“. Die Landesregierung wies das zurück: Es seien allein nach dem Atomgesetz technische Mängel und Risiken für das Verdikt ausschlaggebend gewesen. Mochte die kleinere Oppositionsfraktion FDP auch monieren, dass ein Wort wie „Höllengefeuer“ für eine „solide“ Betrachtungsweise nicht ausreiche, als raffiniert einfaches und einprägsames Schlagwort hatte

es Wirkung erzielt und die öffentliche Erörterung – damit indirekt auch die politische Entscheidung – in die gewünschte Richtung gedrängt.

Die Schlachten um den Schnellen Brüter sind Geschichte. Welche Lehren daraus zu ziehen sind, darüber machen sich heute die Besucher auf dem Gelände des ehemaligen Schnellen Brüters keine Gedanken. Sie amüsieren sich im „Kernwasser-Wunderland“ des Holländers Henny van der Most, der den Komplex Ende 1995 gekauft und die Atomruine zum Freizeitpark umgebaut hat. Vom nicht entfachten „Höllengefeuer“ zum Vergnügungspark an Rheinkilometer 842 – ein ganz spezieller Fall von Konversion, über den die Meinungen geteilt sein dürften. JK